Pressemitteilung

4. April 2019

Kolonialismus-Anhörung im Bundestag: Schwere Vorwürfe und wenig konkrete Maßnahmen

Museen bekennen sich zur Rückgabe von Werken aus der Kolonialzeit und Transparenz bei der Zugänglichmachung der Bestände

Berlin, den 04.04.2019. Gestern Nachmittag fand im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes statt. Grundlage waren Anträge der FDP-Fraktion (19/8545) und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/7735). Befragt wurden neun Sachverständige aus der Wissenschaft und Museen.

In der Anhörung ging es hauptsächlich um den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten. Die Anhörung wurde dominiert von den schweren Vorwürfen von **Bénédicte Savoy**, Professorin für Kunstgeschichte an der Technischen Universität Berlin, an die Adresse der deutschen ethnologischen Museen. Die Wissenschaftlerin verwies darauf, dass es vor 40 Jahren (1978-1982) schon einmal eine Debatte zum Umgang mit Werken aus der Kolonialzeit gegeben habe, die aber durch die Abwehrhaltung der deutschen Museen erstickt worden sei. Wörtlich sagte sie: „Sie scheiterte an dem organisierten Widerstand der deutschen Museen und von uns, Historikern." Sie forderte deshalb, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit nicht den Museen allein zu überlassen, sondern eine unabhängige Kommission damit zu beauftragen.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Bénédicte Savoy hat ein wichtiges Thema in der Anhörung benannt, dem sich der gesamte Kulturbereich stellen muss und stellen wird. Doch genau so klar muss gesehen werden, dass wir uns nicht mehr Ende der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts befinden. Alle Vertreter der Museen haben sich bei der gestrigen Anhörung im Deutschen Bundestag eindeutig zur Rückgabe von Werken aus der Kolonialzeit bekannt und größtmögliche Transparenz bei der Zugänglichmachung der Bestände zugesagt. Damit die Provenienzrecherche aber umfänglich gelingen kann, müssen die betreffenden Einrichtungen sowohl personell als auch hinsichtlich der Sachkosten entsprechend ausgestattet werden. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gefordert. Hinsichtlich dieses konkreten Handlungsbedarfs blieben die Statements der Politiker bei der Anhörung aber seltsam verschwommen."

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat